

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(14 Sgr. für die fünfspal-
tete Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 31. Okt. Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Brigadier der Garde-Artillerie-Brigade, Obersten von Uechtritz, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Württemberg Majestät ihm verliehenen Komthurkreuzes des Ordens der Württembergischen Krone und des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein Königliche Hoheit ihm verliehenen Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des Verdienst-Ordens Philipps des Großmüthigen mit Schwertern, so wie dem Mitgliede der Artillerie-Prüfungs-Kommission, Oberlieutenant Neumann, à la suite der Westfälischen Artillerie-Brigade (Nr. 7), und dem Batterie-Chef in der Garde-Artillerie-Brigade, Hauptmann von Dresty, zur Anlegung des von des Königs von Württemberg Majestät ihnen verliehenen resp. Komthurkreuzes und Ritterkreuzes des Ordens der Württembergischen Krone zu erteilen.

An der Klosterschule zu Kossleben ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Paul Müller als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Angekommen: Der diesseitige außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Kaiserlich russischen Hofe, von Bismarck-Schönhausen, von St. Petersburg; der General-Erb-Land-Postmeister im Herzogthum Schlesien, Graf von Reichenaich-Goschütz, von Gochütz.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 122. Königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 10,000 Thlrn. auf Nr. 2639. 1 Gewinn von 5000 Thlrn. auf Nr. 25,721. 3 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 5818, 84,165 und 84,221.

35 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 7992, 8921, 13,258, 13,598, 17,514, 199, 20,920, 27,432, 30,027, 31,550, 38,111, 39,434, 40,254, 42,175, 46,588, 47,996, 53,155, 53,352, 55,521, 57,688, 58,215, 63,602, 69,781, 76,981, 77,593, 78,004, 78,857, 80,557, 82,571, 83,002, 84,942, 84,993, 88,184, 89,349 und 91,581.

45 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 834, 902, 1936, 4541, 5015, 5956, 7659, 7912, 11,676, 12,117, 16,708, 18,652, 19,267, 29,627, 32,462, 32,928, 34,728, 36,208, 36,474, 38,141, 39,246, 43,737, 53,940, 57,204, 58,244, 57,086, 67,533, 72,873, 74,372, 74,665, 75,410, 76,072, 78,241, 8,449, 80,970, 82,614, 83,604, 84,719, 85,685, 86,118, 87,381, 87,568, 89,167, 92,187 und 93,912.

76 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 34, 1196, 1758, 3949, 6732, 9297, 9484, 12,928, 12,941, 13,588, 13,805, 14,357, 14,726, 16,605, 16,758, 16,919, 18,643, 18,971, 19,686, 20,831, 20,968, 21,254, 21,651, 22,044, 22,450, 22,887, 23,742, 24,119, 25,677, 25,713, 26,716, 33,858, 33,864, 34,817, 37,669, 39,609, 40,230, 45,383, 46,076, 46,202, 47,860, 48,201, 48,277, 50,270, 54,242, 55,142, 55,781, 55,942, 57,570, 59,368, 59,555, 60,539, 64,416, 66,817, 68,892, 71,992, 72,689, 73,280, 76,522, 76,926, 77,762, 78,527, 79,724, 80,719, 82,079, 83,778, 88,409, 89,037, 89,993, 90,443, 90,939, 92,632, 93,598, 94,423, 94,644 und 94,672.

Berlin, den 30. Oktober 1860.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Dienstag 30. Okt., Nachmitt. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm aus Madrid vom gestrigen Tage ist durch eine Gesetzesvorlage der Stand der Armee auf 100,000 Mann fixirt worden.

Aus Turin wird unterm heutigen Datum gemeldet, daß Garibaldi nach Sessa abgegangen sei, um den König Victor Emanuel zu besuchen.

Petersburg, Dienstag 30. Okt. Das heutige Bulletin über das Befinden der Kaiserin-Mutter lautet: Erfreut durch das Wiedersehen des Kaisers hatte die Kaiserin Alexandra Feodorowna eine ziemlich ruhige Nacht. Obgleich keine besonderen Krankheitserscheinungen vorhanden, sinken die Kräfte dennoch allmählig.

(Eingeg. 31. Oktober 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 30. Okt. [Der Kongreßplan; kriegerische Aspekte in Italien; zur Macdonald-Angelegenheit.] Während der Dauer der Warschauer Zusammenkunft brachte ein französisches Blatt die Nachricht, daß die Mächte dem Vorschlage eines europäischen Kongresses zur Regelung der italienischen Verhältnisse im Allgemeinen zugestimmt hätten. Bald darauf wurde die Mittheilung allseitig dementirt, und sie hatte von vornherein wenig Glauben gefunden, weil das Widerstreben der Mächte gegen den Kongreßgedanken aller Welt bekannt ist. In der That hat die österreichische Diplomatie keine Neigung, mit Sardinien über die zukünftige Gestaltung Italiens einen Meinungskampf aufzunehmen, bei dessen Entscheidung Frankreich im Bunde mit England den Ausschlag zu geben gemeint ist, und überdies will Oesterreich zu keinem Akt die Hand bieten, welcher den neuen Zuständen in Italien überhaupt, wie der erweiterten Macht Sardiniens, die Anerkennung, wenn nicht die Sanction Europas zuwenden könnte. Dennoch will man jetzt wissen, daß Kaiser Franz Joseph den Kongreßplan nicht unbedingt abweist, sondern nur mit Bedenken und Vorbebedingungen dagegen auftritt, allerdings wohl in der begründeten Erwartung, daß ein französisch-russisches Projekt sich unverträglich mit den österreichischen Auffassungen und Forderungen erweisen wird. Andererseits legt zwar Frankreich auf den Kongreßvorschlag scheinbar großen Werth; doch nimmt es wohl schwerlich einen baldigen Termin für die Einberufung in Aussicht, weil es den piemontesischen Unternehmungen gern Zeit zu weiteren Erfolgen lassen will. Man darf daher auf ein sehr verlängertes Stadium der Vorunterhandlungen rechnen. — Die Befürchtungen vor einem kriegerischen Ausbruch in Italien haben sich etwas beruhigt. Oesterreich hat seine vorläufige Offensive im vorigen Jahre zu theuer bezahlen müssen, als daß es zu einer Wiederholung ähnlicher Erfahrungen Lust haben sollte, zumal da es aus der Haltung Preußens und Russlands keine Ermuthigung schöpfen kann. Dennoch wird dadurch der politische Horizont noch keineswegs frei von

Bölsen. Vielmehr befestigt sich überall die Ansicht, daß die italienische Bewegung nach dem Falle Gasta's mit dem Angriffe auf Venedig nicht lange säumen wird. — Das englische Geschrei über die erbärmliche Macdonald'sche Angelegenheit hat nun selbst die langmüthigsten Philister gegen die Frechheit John Bull's in Harnisch gebracht. Man wünscht und hofft allgemein, daß die Regierung von den diplomatischen Beschränkungen Englands keine weitere Notiz nehme und die Disziplinaruntersuchung gegen den Staatsprofurator Möller mit einfacher Freisprechung enden lasse.

[Berlin, 30. Okt. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Unsere Majestäten machen jetzt regelmäßig ihre Spazierfahrten nach dem Wildpark und wählen zur Rückfahrt den Weg über Giehe, Barnim u. s. Ist die Königin durch Besuche verhindert, ihren Gemahl zu begleiten, so macht sie vor der Tafel gewöhnlich noch eine Fahrt nach ihrem Lieblingsaufenthaltsorte, dem Lustschloß Lindstedt im Katharinenholze. Heute Mittag empfing die Königin den Besuch des Prinzen Friedrich der Niederlande und des Fürsten B. Radziwill, dann des Großherzogs Peter und des Herzogs Glimar von Oldenburg, und endlich den des Prinz-Admirals Adalbert, der um 5 Uhr nach Potsdam gefahren war, um der hohen Frau für das Gratulations Schreiben zu danken, das er gestern von ihrer Hand erhalten hatte. — Der Prinz Friedrich Wilhelm hatte heute alle hohen Herrschaften zur Tafel im Neuen Palais eingeladen; sie fand dem Großherzog Peter von Oldenburg zu Ehren statt und erschienen bei derselben alle Prinzen und Prinzessinnen unseres Königshauses, der Prinz Friedrich der Niederlande, der Prinz August von Württemberg und andere fürstlichen Personen. Nach Aufhebung der Tafel verabschiedeten sich die Oldenburger Herrschaften und reisten Abends 8 Uhr von Potsdam aus mit dem Kölner Schnellzuge nach Oldenburg ab; der Prinz Friedrich der Niederlande, der sich gleichzeitig verabschiedete, begibt sich morgen Abend nach Haag zurück. — Unsere Prinzen wohnten heute einer Perforcejagd bei, die in der Umgegend von Koblentz abgehalten wurde. — Der Prinz-Regent ist in Folge einer Erkältung, die er sich auf der Reise zugezogen hat, seit gestern unpfählig und hütet auf den Rath seines Leibarztes das Zimmer, läßt sich jedoch dabei Vortrag halten und findet auch Empfang statt. Heute nahm der Prinz-Regent die Vorträge des Geheimrathes Maistre und des Generals v. Manteuffel entgegen und empfing alsdann den Besuch des Großherzogs Peter von Oldenburg, der sich verabschiedete. Später hatte Herr v. Bismarck-Schönhausen, unser Gesandter am russischen Hofe, eine Audienz. Derselbe ist Abends nach Petersburg abgereist, nachdem er zuvor noch lange mit Herrn v. Schleinitz konferirt hatte. Der Fürst von Hohenzollern machte heute dem Minister v. Schleinitz einen Besuch, der von 2—3 Uhr Nachmittags dauerte, darauf erschien der Kriegsminister v. Roon im Hotel und der Fürst begab sich zum Prinz-Regenten; später hatte er im Schloße noch eine Unterredung mit dem Gesandten v. Bismarck-Schönhausen. — Der Prinz Karl von Hohenzollern ist von seiner Reise nach Italien und der Schweiz hierher zurückgekehrt.

** Berlin, 30. Okt. [Die Eisenbahnverbindung mit Rußland.] Von verschiedenen Seiten her war der Wunsch ausgesprochen worden, dem zu legenden zweiten Geleise zwischen Wirballen und Kowno eine engere, den preussischen Eisenbahnen entsprechende Spur zu geben, damit die an der Grenze anlangenden Güterwaggons bis nach Kowno durchgehen könnten und nicht in Wirballen umgeladen zu werden bräuchten. Man hat geltend gemacht, daß ebenso wie in Preußen und in Frankreich, wo die Zollrevisionen ebenfalls nicht an der Grenze, sondern im Innern des Landes vorgenommen werden, auch hier die Waaren ohne Gefahr für den russischen Steuerfiskus bis nach Kowno durchgehen und da erst der Revision unterworfen werden könnten; man hat auch auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß Kowno auf diese Art zugleich zum Ein- und Ausladeplatze für die mit der Eisenbahn angekommenen, zur Weiterbeförderung auf dem Niemen bestimmten Waaren und umgekehrt dienen könnte. Dies alles will dem strategisch gesinnten General Scherffine nicht einleuchten, und er weigert sich, auf den oben erwähnten, gewiß praktischen, den internationalen Verkehr ohne Zweifel hebenden Vorschlag einzugehen. Er meint, daß die Revision an der Grenze statthaben müsse, um dem Schmuggelhandel nicht Thor und Thür zu öffnen; in seinen Augen fällt die Schifffahrt auf dem Niemen hierbei gar nicht ins Gewicht, das Durchfahren bis Kowno würde gar keinen Einfluß auf den Verkehr aus Preußen nach Rußland haben, von Kowno aus sei übrigens der Niemen stromaufwärts nicht mehr schiffbar. Gleichwohl glaubt man, daß der Herr General mit der Zeit auch in diesem Punkt nachgeben wird, wie dies schon in manchem andern geschehen ist.

Q Berlin, 30. Okt. [Die neuen gezogenen Bronzegechüße; Vermischtes.] Wie ich Ihnen mit vollster Bestimmtheit mittheilen zu können glaube, werden die durch Absagen des Bodentücks, durch Einfügung der Züge und einen eignen Verschluß vor der hintern Oeffnung, in nach preussischem System zu gezogenen Geschützen umgewandelten ehemaligen glatten Bronze-Zwölfpfünder, deren einige mit vor Zülich in Probe genommen waren, und von welchen in letzter Zeit so vielfach die Rede gewesen ist, keineswegs, wie von mehreren Zeitungen berichtet worden, zur Ausrüstung von noch drei Batterien mit gezogenen Kanonen bei jeder Artilleriebrigade benutzt werden, sondern sind dieselben vielmehr ausschließlich zur Armirung der Festungen mit gezogenen Geschützen bestimmt, wozu fernerhin auch noch die abgegebenen glatten Bronze-Sechspfünder benutzt werden sollen. Da die gezogenen Kanonen bekanntlich viel schwerere Geschosse führen, als ihr eigentliches Kaliber besagt, und auch ihre Tragweite den glatten Achtzehn- und Vierundzwanzigspfündern nur wenig nachsteht, so erscheinen diese beiden bisherigen Feldgeschützgattungen hierzu auch um so mehr geeignet, als sich die Kosten für ihre Umwandlung in gezogene Kanonen nur auf ein sehr Geringes, und zwar wie verlautet per Geschütz etwa auf 80 bis 100

Thlr. stellen sollen, was kaum dem zehnten Theil der Ausgabe für gußeiserne oder gar gußstählerne neue Geschüße gleichkommen wird. Diese letzteren bleiben hingegen ausschließlich für die Bewaffnung der Feldartillerie vorbehalten, wie denn auch an die auswärtigen Staaten, welche die preussischen gezogenen Kanonen bei ihrer Artillerie einführen wollen, nur solche abgelassen werden. Ob provisorisch vielleicht einige Batterien bei jeder preussischen Artilleriebrigade mit den in gezogene Kanonen umgewandelten Bronze-Sechspfündern bewaffnet werden, muß dahingestellt bleiben, jedenfalls ist die Sache aber noch weit ausichtlich, da zunächst alle Kräfte aufgezogen werden sollen, die vorhandenen Bronze-Zwölfpfünder zum Dienst der Festungen vorzubereiten, wozu auch wahrscheinlich in Danzig, Reisse und Köln oder Koblenz noch neue Werkstätten eingerichtet werden. Gegenwärtig sind in Preußen an gezogenen Kanonen nur die drei Kaliber: Vierundzwanzig-, Zwölfp- und Sechspfünder in Gebrauch, doch soll man sich für den Dienst der Marine und die Ausrüstung der Küstenbatterien noch für ein Zwischentkaliber, und zwar Sechzehn- oder Achtzweipfünder entschieden haben, über dessen Feststellung indeß die Versuche noch nicht geschlossen sind, indem im Anschluß an die großen diesjährigen Marineschießungen zu Neufahr bei Danzig gegenwärtig in Berlin noch weitere Schießübungen zu Marinezwecken, namentlich auch gegen als Zielscheiben benutzte Schiffswände statthaben. — Die für die neuerrichteten preussischen Truppentheile bestimmten und angeblich mit dem 13. November, dem Namenstage der Königin, zur Vertheilung kommenden neuen Fahnen und Standarten sollen, wie neuerdings berichtet wird und im Gegensatz zu den bisherigen Mittheilungen darüber, doch in der Zeichnung und Zusammenstellung wesentlich von den bisher in der preussischen Armee gebräuchlichen Fahnen und Standarten abweichen und hierin auch namentlich für die einzelnen Waffengattungen der Infanterie und Kavallerie verschieden sein. — Gegenwärtig ist man eifrig beschäftigt, die durch die Verstärkung der Armee nothwendig gewordene Steigerung der Schulerzahl bei den vorhandenen Militär-Bildungs- und Lehr-Anstalten festzustellen, und sind auch für die Zentral-Lernenanstalt und die Thierarzneischule hierfür schon die erforderlichen Bestimmungen erteilt worden.

[Der Oberkirchenrath und die Ehefrage.] Das neueste Heft der Altentische aus der Verwaltung des Evangelischen Oberkirchenraths enthält auch die Verfügung vom 31. Mai d. J., an das königliche Konsistorium zu Magdeburg, der in verschiedenen Blättern kürzlich Erwähnung geschehen ist. (S. Nr. 251.) Jedoch ist sie weder an sämtlichen Konsistorien gerichtet, da sie sich nur auf einen Spezialfall verweigerter Wiedertrauung bezieht, noch sind Inhalt und Tendenz richtig angegeben. Der Standpunkt der kirchlichen Oberbehörde ist nach dieser Verfügung genau derselbe, welchen dieselbe bisher immer inne gehabt hat. Wenn sie in früheren Verfügungen wiederholt ausgesprochen, daß die, in gerichtlichen Erkenntnissen niedergelegten Eheheirathsgründe nicht das kirchliche Urtheil über Zulässigkeit nachgeheuchter Trauungen bestimmen können, dabei jedoch bemerkte, daß den Geistlichen nicht zustehe, über die gerichtlichen Eheheirathsverhältnisse eine Kognition auszuüben: so verbreitet sich die Verfügung vom 31. Mai d. J. ausschließlich hierüber und insbesondere darüber, wie sich die kirchlichen Behörden zu gerichtlichen Nullitätsurtheilen von Eben zu stellen haben. Nach einem geschichtlichen Hinweis auf den der evangelischen Kirche innewohnenden Grundsat, dem Staate das Recht, einerseits die Bedingungen einer gültigen Eheheirath festzusetzen, nicht zu bestreiten, wonach sie, nachdem der Staat die Ehegerichtsbarkeit wieder an sich genommen hat, weit entfernt gewesen ist, die ihr neuerdings auch in unserem Vaterlande gewährte Selbstständigkeit dazu zu benutzen, um auf ihre eigene Hand eine neue kirchliche Jurisdiktion in streitigen Ehesachen zu begründen, faßt die Verfügung aus diesem Gesichtspunkte die gerichtlichen Nichtigkeitserklärungen von Eben ins Auge und hält dafür, daß in der Regel durch jede wahre Nullitätsklärung, welche von dem weltlichen Eherrichte nach dem staatlichen Gesetze ausgesprochen worden ist, auch von dem kirchlichen Gesichtspunkte aus, das früher bestandene Eheband vollständig gelöst erscheint. Dem Bittsteller wurde in dem vorliegenden Falle die nachgesuchte Genehmigung zur kirchlichen Trauung der von ihm beabsichtigten anderweitigen Ehe erteilt.

[Zur Reorganisation der Landwehr.] Dem Vernehmen nach steht als einleitende Maßregel zu der neuen Reorganisation der Landwehr die Wiederindienststellung der bisher nur aus dem Stande der disponiblen oder pensionirten Offiziere entnommenen Führer und Adjutanten der Landwehrbataillone zu gewärtigen; ferner aber verlaute über die Grundzüge dieser Organisation noch, daß für den jedesmaligen Zusammentritt der Landwehr des 1. Aufgebots die fünften Stabsoffiziere der Garde- und Linieninfanterieregimenter, wie überhaupt nur in unmittelbarer Aktivität befindliche Stabsoffiziere die Führerschaft der Bataillone dieses Aufgebots übernehmen werden, wogegen die eigentlichen Führer der einzelnen Landwehrbataillone wie die Stammmannschaften derselben für den Friedenszustand ausschließlich das Kontrol- und Verwaltungswesen übernehmen, für den Mobilmachungs- und Kriegsfall dagegen dem 2. Aufgebot der Landwehr zugeweiht bleiben. Nur für die Adjutanten der Landwehrbataillone dürfte sich hierin vielleicht eine Ausnahme ergeben, insofern als diese unter der jetzt hervorgehobenen Voraussetzung in derselben Eigenschaft zu den Landwehr-Bataillonen des ersten Aufgebots mit übertreten würden. Das Avancement der aus dem Stande der Freiwilligen hervorgegangenen Landwehroffiziere soll ebenfalls vorzugsweise für das zweite Aufgebot in Aussicht genommen sein, wogegen für das erste Aufgebot namentlich in den Kompagnieführer- und Premier-Lieutenantsstellen mehr auf zeitweilig zur Disposition gestellte oder zur Entlassung gekommene ehemalige Linienoffiziere gerücksichtigt werden wird. (B. 3.)

[Zum Preßgesetz.] Das Preßgesetz vom 12. Mai 1851 bestimmt bekanntlich im §. 11, daß für jede Zeitschrift, welche in monatlichen oder kürzeren Fristen herausgegeben wird, eine Kautions zu bestellen ist. Zugleich mit der Kautionspflicht unterliegen dieselben auch der Besteuerung nach dem Gesetz vom 2. Juni 1852. Befreit sind von Kautions und resp. Steuer nach §. 17 des Preßgesetzes nur solche Zeitschriften, welche lediglich amtliche Bekanntmachungen, gewerbliche Anzeigen u. dgl. enthalten, oder für rein wissenschaftliche, technische oder gewerbliche Zwecke, mit Ausschluß

aller politischen und sozialen Fragen, bestimmt sind. Wie man hört, ist in neuerer Zeit, vielleicht aus Anlaß der Verurtheilung des Redakteurs der „Evangelischen Kirchenzeitung“ wegen Nichtbestellung einer Kautions- und Steuer-Frage einer Prüfung unterworfen worden. Die Entscheidung soll für eine strengere Auffassung der §§. 11 und 17 des Pressegesetzes ausgefallen und deshalb schon an einzelne Verleger von Zeitschriften, welche nur Unterhaltungslektüre bringen und nach der bisher geübten Praxis als nicht kautions- und steuerpflichtig angesehen worden sind, Aufforderung zur Bestellung einer entsprechenden Kautions-ergangen sein.

— [Das Wiegen der Briefe durch die Post.] Die kleinsten Gewichtstücke, welche zur Zeit den Postanstalten zum Gebrauche im technischen Dienstbetriebe geliefert werden, sind die $\frac{1}{20}$ Loth- oder 5 Centstücke. Es kommt indes nicht selten vor, daß beim Wiegen der Sendungen mit deklarirtem Werthe, der Geldbriefpakete u. s. w. überschüssige Gewichtstheile, von weniger als $\frac{1}{20}$ Loth ermittelt werden. Solche überschüssige Gewichtstheile sind bisher von den Postanstalten theils unberücksichtigt gelassen, theils für ein volles Zwanzigstel Loth gerechnet worden, so daß also z. B. das Gewicht eines Geldbriefes, wenn solches zwischen $\frac{1}{20}$ und $\frac{1}{10}$ Loth betragen hat, von einem Theile der Postanstalten zu $\frac{1}{20}$ Loth, von einem andern Theile zu $\frac{1}{10}$ Loth angenommen worden ist. Um hierin die notwendige Uebereinstimmung herzustellen, werden die Postanstalten durch Verfügung vom 10. d. M. angewiesen, von jetzt ab bei den Gewichtsfeststellungen die überschüssigen Gewichtstheile von weniger als $\frac{1}{20}$ Loth allgemein unberücksichtigt zu lassen.

— [Das ärztliche Personal im preussischen Staate] beläuft sich nach amtlicher Zusammenstellung jetzt bei einer Bevölkerung von 17,739,913 Seelen auf 358 Kreisphysiker, 4327 promovirte Aerzte, 996 Wundärzte I. Kl., 643 Wundärzte II. Kl., 1026 Thierärzte I. und II. Kl., 1529 Apothekenbesitzer und 11,411 Hebammen.

— [Päpstliche Soldner.] Die zwischen den betheiligten Regierungen gepflogenen Verhandlungen wegen der Transportkosten der von der sardinischen Armee gefangen genommenen Preußen in päpstlichem Solde haben zum Resultat gehabt, daß die Hälfte der Kosten für diese beiläufig 70 Preußen von der sardinischen, die andere Hälfte von der preussischen Regierung, welche ihre Landeskin-der bei sich aufnimmt, getragen wird.

— [Der Stader-Zoll.] Wie man aus Hannover vernimmt, hat der hannoversche Gesandte in London, Graf Kielmansegg, kürzlich der englischen Regierung persönlich die Antwort Hannovers in Sachen des Stader-Zolles überbracht. Es werden darin die englischen Vorschläge, wie sie in einer Note vom 2. Juni d. J. formulirt waren, von Seiten Hannovers angenommen. Danach wird der jährliche Durchschnittsantrag des Zolles bekanntlich zu 200,000 Thlr. berechnet, eine Summe, die, mit $15\frac{1}{2}$ kapitalisirt, einen Ablösungsbetrag von 3,100,000 Thlr. ergibt, wovon $\frac{1}{3}$ England, $\frac{1}{3}$ Hamburg und $\frac{1}{3}$ die übrigen beim Elbverkehr theilnehmenden Staaten zahlen sollen. Auch von Seiten Hamburgs ist nach England bereits die zustimmende Erklärung abgegangen. Es handelt sich also jetzt nur noch um die Vertheilung des dritten Drittels der Ablösungssumme und um den vertragmäßigen Beitritt der Staaten, welche zu diesem Drittel eine Quote zu entrichten haben. Nach den englischen Vorschlägen würde Hannover die Vertheilung des letzten Drittels zu besorgen haben. Nach dem, was bezüglich der Ministerialverhandlungen, welche hier kürzlich wegen dieser Ablösungsangelegenheit gepflogen wurden, verlautet, wären namentlich die Finanzmänner, mit Ausnahme des Finanzministers selbst, gegen die Annahme der englischen Vorschläge gewesen und für Beharren bei der hannoverschen Forderung von 1858, welche die Ablösungssumme zu 5,400,000 Thlr. feststellte; der König habe ihnen aber seinen Entschluß entgegengesetzt, auf jene Vorschläge einzugehen, deren Annahme vorzugsweise durch den Finanzminister, den Gesandten Grafen Kielmansegg und den Staatsrath Zimmermann empfohlen wäre.

— [Frankreichs Stellung zur italienischen Frage.] Hier eingetroffene Berichte aus dem Neapolitanischen bestätigen, daß der Kommandeur der französischen Kriegsschiffe im Mittelmeer, Barbier de Tinan, eine Audienz beim König Franz II. in Gaëta gehabt habe, worin er demselben mitgetheilt, er habe vom Kaiser der Franzosen den Auftrag, der Blokade von Gaëta sich zu widersetzen und das Meer für den König Franz II. offen zu halten. Aus dieser Erklärung geht hervor, daß ein Angriff Gaëta's von der Meeresseite durch die Piemontesen nicht in Aussicht steht. Auf der anderen Seite möchte aber auch aus derselben zu ersehen sein, daß Frankreich den Nichteinmischungsgrundsatz in Bezug auf die italienischen Angelegenheiten ganz anders auffaßt, als die übrigen europäischen Mächte. Das Ganze scheint anzuzeigen, daß Napoleon III. es gegenwärtig als in seinem Interesse erachtet, daß der König Franz II. sich noch längere Zeit in Gaëta halte. Wenigstens wird es in hiesigen diplomatischen Kreisen so aufgefaßt. (C. Z.)

Aachen, 28. Okt. [Die Eidesleistung der Israeliten.] Es ist allgemein bekannt, daß die Juden bei der Eidesleistung vor Gericht, wenn der Eid nach altem Ritus geleistet werden soll, die Tephillin (Gebetriemen) anlegen sollen, während eine große Anzahl sich hiergegen sträubt, nicht weil dieser Eid ein stärker bindender für sie wäre, sondern weil sie diese Zeremonie für veraltet und nicht mehr zeitgemäß erachten. Vor den Friedensrichtern in Bartscheid waren auf den 24. d. fünf Zeugen geladen, alle mosaischen Glaubens. Als denselben von dem hiesigen Rabbiner, D. Rothschild, die Wichtigkeit des Eides und die Heiligkeit der Tephillin vorgehalten wurde, erklärten sämtliche Zeugen, daß sie von ersterem vollkommen durchdrungen seien, jedoch die Heiligkeit der Gebetriemen nicht anerkennen könnten, und auch deshalb sich derselben schon seit Jahren nicht mehr beim Gebete bedienten, worauf der Rabbiner zu Protokoll gab, in diesem Falle den Zeugen den rituellen Eid nicht abnehmen zu können. Die klägerische Partei verwarf sich hiergegen, worauf der Richter sich dahin entschied, den Rabbiner hierzu nicht zwingen zu können. Hiernach erklärte der Anwalt der klägerischen Partei, mit dem bürgerlichen Eide sich begnügen zu wollen, wogegen die andere Partei protestirte, weshalb die Ausschöpfung der Eide vorläufig unterblieb und die Sache höherer Entscheidung überwiesen werden mußte. Man ist auf den Ausgang der fraglichen Angelegenheit allgemein gespannt. (R. Z.)

Münster, 30. Okt. [Eisenbahnunfall.] In dem gemischten Zuge 10. ist gestern Abend zwischen Willebadessen und Ronnenburg in dem Brehpunkte eines Gefälles von 1 zu 100 die Zugkette eines Wagens zerissen. Es theilte sich in Folge dessen der Zug, der hintere Theil lief auf den vorderen Theil auf und wurden dadurch sechs Güterwagen mehr oder weniger beschädigt. Ueber Nacht sind die beschädigten Wagen vom Geleise geräumt und die

Bahn ist wieder fahrbar. Verletzungen von Passagieren sind nicht vorgekommen. Nur der Packmeister des Zuges hat eine unbedeutende Kontusion erhalten. (Tel.)

Österreich. Wien, 28. Okt. [Das Landesstatut für Kärnten] unterzeichnete sich nur in sehr Wenigem von dem Statut für Steiermark. Die abweichenden Bestimmungen beziehen sich nur auf den Wahlmodus. Während in Steiermark der große landtäfliche Grundbesitz durch zwölf Abgeordnete vertreten ist, zählt er in Kärnten acht Abgeordnete, zu denen noch von Seiten der Fabrikbesitzer und Montanwerke drei Abgeordnete kommen. Interessant ist aber das Landesstatut in Kärnten hauptsächlich darum, weil es uns Aufschluß über die Ansicht der Regierung über den staatsrechtlichen Begriff der „Mitwirkung“ bei der gesetzgebenden Gewalt giebt. Die Bestimmungen des steierischen Landesstatutes liegen in dieser Beziehung mannigfache Auslegungen zu. Es fehlte nicht an Optimisten, welche den Passus, daß der Landtag berufen sei, bei der auf Landesverhältnisse bezüglichen Gesetzgebung, mitzuwirken, dahin auslegten, daß der Landtag eine beschließende Macht auszuüben hätte. Diese Ansicht ist nunmehr gründlich beseitigt, denn im §. 20 des kärnthnerischen Landesstatuts heißt es ausdrücklich, daß der Landtag berufen sei, bei der bezüglichen Gesetzgebung „den Rath zu üben“. Statt beschließend wird demnach der Landtag nur beratend sein, welche Ueberzeugung nicht wenig dazu beigetragen hat, die Befriedigung über die kaiserlichen Erlasse vom 20. Okt. herabzustimmen.

— [Demonstration der Studirenden.] In dem gestrigen Abendblatt der „Wiener Zeitung“ liest man folgende lakonische Anzeige: Am schwarzen Brett der Universität ist folgender Anschlag zu lesen: „Da nach einer so eben eingetroffenen amtlichen Anzeige Se. Majestät der Kaiser alle öffentlichen Feierlichkeiten bei seiner Rückkehr abgelehnt haben, so hat es von aller und jeder weiteren Thätigkeit in dieser Richtung abzukommen. Die Herren Studirenden werden daher aufgefordert, alle etwa eingeleiteten weiteren Schritte sogleich einzustellen.“ Wien, 27. Oktober 1860. Graßl, Rektor.“ Der nähere Sachverhalt ist dieser: Vor einigen Tagen erschienen vier Studirende der hiesigen Universität bei dem Grafen Goluchowski und trugen demselben vor, wie die Wiener Studenten beabsichtigten, den Kaiser bei seiner Rückkunft aus Warschau mit einem Fackelzuge zu empfangen, zum Beweise, wie sie auch ihrerseits ob der neuen Institution von Freude und Dank erfüllt seien. Der Minister fragte sofort durch den Telegraph beim Kaiser an, ob eine solche Ovation genehm sei, und erhielt beifälligen Bescheid, in Folge dessen der Rektor der Universität, Regierungsrath Graßl, am schwarzen Brett zur Subskription und Theilnahme an dem Fackelzug einlud. Jetzt erst ergab sich, daß jene angebliche Deputation ohne jeden Auftrag der Kommilitonen gehandelt hatte und daß die große Mehrzahl der letzteren zu einer Demonstration, wie die erwähnte, sich nichts weniger als geneigt zeigte. Nun war die Verlegenheit groß. Der Rektor beschied die Studirenden auf vorgestern Abend in den sogenannten Konfistorialsaal der Universität zu einer Verständigung; aber alle Bemühungen, die jungen Leute für die Rundgebung günstiger zu stimmen, alle Vorstellungen der für Rektor und Senat so peinlichen Situation scheiterten an dem autonomen Bewußtsein der Studirenden, unter welchen die sporenflirrenden Söhne Arpads im Spektakelmachen natürlich wieder die ersten waren. Namentlich ward auch der ominöse Ruf: In die Aula! hörbar, nach jenem Saale, welcher in den Bewegungen des Jahres 1848 eine so historische Rolle spielte und seither der Akademie der Wissenschaften eingeräumt wurde, um nur noch bei der jedesmaligen Installation eines Rektors Magnifus für Universitätszwecke benutzt zu werden. Nach langer, mit viel Geräusch und wenig Respekt vor der anwesenden Magnifizenz geführten Debatte ergab die Abstimmung das nicht überraschende Resultat, daß in dem gedrängt vollen Saale (eine Zählung der Anwesenden fand nicht statt) höchstens 30 Studirende sich bereit erklärten, an dem Fackelzuge Theil zu nehmen. Unter ihnen befand sich auch der Sohn eines Ministers, welcher (nämlich der Sohn) freimüthig erklärte, daß er principiell auch gegen die Demonstration sei, unter den eigenthümlichen obwaltenden Umständen dieselbe aber für geboten erachte. Die erregte Gesellschaft ging hierauf auseinander, nicht ohne sich zu der an den Tag gelegten Gefinnungstüchtigkeit in allen elf Landesprovinzen laut und für die umliegenden Straßen vernehmlich genug Glück zu wünschen. Was noch zu melden, ist eben obige Anzeige, bei der sich Jeder, der die inständigen Bitten des Rektors im Konfistorialsaal gehört hat, das Seine denken kann. (Schl. Z.)

Wien, 29. Okt. [Das Statut über die Landesvertretung im Herzogthum Steiermark] ist nicht geeignet, über den Geist, in welchem die allgemeinen Verheißungen des Diploms ausgeführt werden sollen, zu beruhigen. Die Geistlichkeit und der Adel bilden die ersten Stände des Landtages; die erstere hat 6, der letztere 12 Vertreter; dann wählen 15 Städte 10 Abgeordnete, 2 Handelskammern 2 und 64 Bezirke 12 Abgeordnete. Das erste charakteristische Symptom ist die Außerachtlassung der Intelligenz bei dieser Vertretung. Selbst der Klerus repräsentirt hier nur den Grundbesitz, der sich in seinen Händen befindet. Das zweite Charakteristikum ist die Art der Wahl. Die Aebte, Domprobste und Probste wählen die Abgeordneten aus ihrer Mitte; es wählen 4 Aebte 2 Abgeordnete, 2 Domprobste wählen sich selbst, und 3 Probste wählen wieder 2 Abgeordnete. Zwei Fürst-Bischöfe haben ohne Wahl Sitz und Stimme und können sich durch Delegationen vertreten lassen. Die landtäflichen Grundbesitzer wählen ihre Vertreter durch Einmündung geschlossener Wahlzettel an den Ausschuss. Die Vertreter der Städte Graz, Marburg und Bruck werden von den Gemeinderäthen und die Vertreter der Handelskammern von diesen Korporationen gewählt; andere Städte, die gemeinsam einen Abgeordneten zu wählen haben, ernennen je 3 Gemeinderäthe, so daß 6 Gemeinderäthe einen Abgeordneten wählen. Bei den Landgemeinden wählen die Gemeinde-Vorsteher und ein Ausschuss-Mitglied der Gemeinde! Die für die Städte zu Wählenden müssen der Gemeinde-Vertretung angehören, und die für die Landgemeinden zu Wählenden müssen im Bezirke einen Grundbesitz haben, der wenigstens 30 fl. Realsteuer jährlich zahlt. Mit einem solchen Wahlgesetze den Ansprüchen der Gegenwart genügen zu wollen und gar auf enthusiastisches Entgegenkommen zu rechnen, das ist schwer zu begreifen. (R. Z.)

Venedig, 26. Oktober. [Kriegerische Stimmung; Emissäre.] Der „Dest. Z.“ wird von hier geschrieben: Die Er-

nennung Benedek's zum Oberkommandanten in Italien ist im Militär von wahrhaft elektrischer Wirkung gewesen, von einer Wirkung, die sich bis in den gemeinen Mann forsetzt, der Vertrauen hat zu diesem Führer und wie seine Offiziere vor Belangen brennt, handgemein zu werden mit dem Feinde, der nun zu lange schon, nicht mehr gedenkend des heißen, wenn auch kurzen Kampfes, glaubt, sich Alles erlauben zu können, und von dessen Art des Auftretens Cialdini's Proklamation ein Proben gewesen. Es ist wichtig, zu konstatiren, daß man nur vom nahen Feldzuge redet und träumt, der zugleich eine Scharte ausweisen soll. Das Ansehen des ganzen Landes ist ein kriegerisches. Truppen kommen und gehen, an die Befestigungen wird die letzte Hand gelegt, für Alles die nöthige Sorge getroffen. Die Grenze ist streng bewacht. Reibungen sind häufig und es werden auch wohl, bald oben bei Peschiera, bald unten am Po Flintenschüsse gewechselt; die Schuld schiebt man dann auf die Nationalgarde. Bedeutung haben solche Vorfälle keine. — Daß trotz aller Wachsamkeit immer Veruche zur Einschmuggelung verbotener Dinge vorkommen, ist natürlich. Neu scheint eine neuerdings angewendete List zu sein. Vor Kurzem meldeten sich, wie wir hören, in Padua mehrere junge Leute, noch kaum in mannbarem Alter, die angeblich reumüthig in ihre Vaterstadt, aus der sie entflohen waren, zurückkehrten. Die Behörde wendete besondere Vorsicht an und wirklich gelang es ihr, bei diesen jungen Leuten verbotene Waffen, Garibaldimegailen und dergleichen zu entdecken, kurz, man sah, daß man es mit einer neuen Gattung von Emissären zu thun hatte, die, wenn man ihnen schon nicht das Aeußerste zutrauen will, immerhin gefährlich werden konnten.

Frankfurt a. M., 29. Okt. [Französische Erwerbungen in Italien.] Es stand von vornherein zu erwarten, daß, wenn die englische Regierung in einer zu Händen Piemonts bestimmten Note der Besorgniß, es möchten weitere Territorialabtretungen im Werke sein, einen so unzweideutigen Ausdruck lieh, sie bereits bestimmte Anhaltspunkte für ihren Argwohn hatte. Man hat hier jetzt die Gewißheit, daß dem so ist, und England hat dem Vernehmen nach Anlaß genommen, die ihm über diese Angelegenheit zugegangenen Aufklärungen zur Kenntniznahme und Darnachachtung nach Warschau zu übermitteln. (B. Z.)

Hessen. Kassel, 29. Okt. [Einberufung der Landstände.] Die „Kasseler Zeitung“ enthält in ihrem amtlichen Theile das Ausschreiben des Ministeriums des Innern vom 25. Okt. 1860, die Einberufung der Landstände auf den 12. November d. J. betreffend.

Darmstadt, 28. Okt. [Kammervorhandlungen.] Am 26. d. fand in unserer Ersten Kammer die Verathung über den Antrag des Abg. Wernher, die Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche im Großherzogthum Hessen betreffend, statt. Bekanntlich hatte die Zweite Kammer mit 37 gegen 3 Stimmen den Antrag ihres Ausschusses genehmigt, daß die Staatsregierung ersucht werden möge, ihre Verhandlungen mit dem Bischof von Mainz nicht fortzusetzen, sondern die Angelegenheit im Wege der Gesetzgebung zu ordnen. Unsere Erste Kammer, obgleich meist aus Mitgliedern protestantischer Konfession bestehend, trat diesem Beschlusse nicht bei, und auch da waren es, wie bei der Grundherrnfrage, die Standesherren, welche den Ausschlag gaben; einzig mit Ausnahme des ersten Präsidenten der Ersten Kammer, des Fürsten von Solms-Lich, welcher zwar nicht dem Beschluß der Zweiten Kammer, wie er gefaßt war, beistimmte, aber ein Amendement stellte, von welchem seine Gegner meinten, daß es sachlich das Nämlische enthalte, was der Beschluß der Zweiten Kammer. Der Fürst sprach sehr tüchtig über den Gegenstand und begründete sein Amendement vergebens. Vorzugsweise äußerte sich der Domkapitular Dr. Eust von hier, welcher an der Stelle des Bischofs von Mainz in der Kammer sitzt, gegen jenen Beschluß; dann that es der Staatsminister v. Dalwigk, der sich mit dem Ministerialrath v. Rodenstein und v. Lehmann eingefunden hatte. Für den Beschluß sprachen nur der (evangelische) Prälat Zimmermann und der (katholische) Universitätskanzler Birnbaum. Und so war dann auch die (bereits telegr. mitgetheilte) Abstimmung: 15 gegen den Beschluß der Zweiten Kammer; 2 dafür; 3 für das Amendement Solms-Lich.

Mecklenburg. Wismar, 27. Okt. [Verfassungsagitation.] In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen, daß der Ausschuss im städtischen Interesse G. G. Rath ersuche: Derselbe wolle Namens der Stadt Se. königl. Hoheit den allerdurchlauchtigsten Großherzog ersuchen, die nöthigen Schritte zur Verleihung einer Repräsentativ-Verfassung für Mecklenburg zu thun.

Sachs. Herzogth. Weimar, 29. Okt. [Zur Aufführung Vagels.] Dem hier bestehenden Komitee des Vereins für Ausrüstung einer Expedition zur Auffindung des Reisenden Dr. Eduard Vogel aus Leipzig und seiner Papiere, unter Leitung des ehemaligen österreichischen Konsuls für Zentral-Afrika in Oshartum, Hofraths von Heuglin, ist von Sr. königlichen Hoheit dem Großherzog von Sachsen-Weimar der Beitrag von 400 Thln. zur Verfügung gestellt worden.

Großbritannien und Irland.

London, 28. Okt. [Die „Times“ über den Artikel des „Constitutionnel“.] In einem Leitartikel über die letzten Auslassungen des „Constitutionnel“ sagt die „Times“ unter Anderem: Es gab eine Zeit, wo ein europäischer Monarch so wenig daran gedacht hätte, in amtlichen oder halbamtlichen Aktenstücken sich über seine eigene Größe, Macht oder Ruhmesfülle zu ergeben, wie sich zweiundfünfzig Königreiche nach Art des Großfürsten beizulegen oder als nahen Verwandten von Sonne und Mond herauszustreichen. Aber wir leben in anderen Zeiten, und die hergebrachten Grundsätze des gesunden Verstandes und der Bescheidenheit müssen wechseln, wie alles Andere. Der Kaiser Napoleon hätte es Anderen überlassen können, ihm die Prachttitel „Friedensstifter“, „Schiedsrichter von Europa“ und „Revolutions-Moderator“ beizulegen. Als nicht unbefugte Wortführer eines Landes, welches in den Kriegslagern oder Verathungen Europa's nicht immer das letzte war, und das bis vor Kurzem nicht gewohnt war, solche Annahmen der Ueberlegenheit von Seiten einer Großmacht über die anderen ohne Einspruch anzuhören, sind wir so frei zu bemerken, daß Europa im Kaiser der Franzosen weder seinen Friedensstifter, noch seinen Schiedsrichter anerkennt. Ein Friedensstifter ist derjenige, der weder Kriege anhebt, noch schürt; ein Schiedsrichter

ist derjenige, dem die Menschen, aus Vertrauen auf seinen Gerechtigkeitssinn, sein Billigkeitsgefühl und seine Freiheit von selbstigen Motiven oder Nebengründen, ihre Streitigkeiten bereitwillig vorlegen. Der Sieger von Magenta und Solferino ist kein Friedensstifter. Der Souverän, der Krieg für eine Idee anfangen und für eine Provinz beenden, mag groß sein in der Ausführung, hat aber wenig Anspruch auf rechtliche Unparteilichkeit. Das Wort „Schiedsrichter“ hat noch eine andere allzu beleidigende Bedeutung, um ihm beigelegt zu werden. Wir können nicht glauben, daß der Kaiser selbst in einem halbamtlichen Akt sich als Herrn Europa's bezeichnen möchte. Noch ist er dies nicht, und wäre er es, so würde er weiser thun, die Mäßigung der ersten Caesaren nachzuahmen, die so herablassend waren, mit Männern, über deren Leben und Eigenthum sie als unumschränkte Herren gebieten konnten, auf dem Fuß der Gleichheit zu verkehren. Am angenehmsten ist uns an dem Constitutionnelartikel sein Schluß: „Ein organisiert und starkes Italien ist von jetzt an im Interesse Europa's. Dies bleibt wahr, es komme von welcher Seite es wolle, es bleibt eine Wahrheit, die, fürchten wir, in den noch nicht weit hinter uns liegenden Zeiten der italienischen Föderationsvorschläge nicht immer genügende Anerkennung fand, aber doch eine Wahrheit, die hoffentlich bestimmt ist, unter die praktischen Axiome, nach denen man die Geschichte der Völker künftig ordnen wird, aufgenommen zu werden. Wir hoffen, die Zeit ist nicht sehr fern, wo sie die Billigung eines europäischen Kongresses erhalten wird. Solche Versammlungen sollten selten einberufen werden, um durch ein Majoritätsvotum die Rechte und Regierungen der Menschen zu ändern, aber sie haben nichtsdestoweniger eine Sendung der unbestreitbarsten Nützlichkeit, wenn sie dazu dienen, Veränderungen, die der Volkswille oder das Waffenglück herbeigeführt hat, zu verzeichnen und ihnen Feierlichkeit und Geltung zu verleihen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß der Tag kommen wird, wo die drei nordischen Mächte, die eben in Warschau zusammen getreten sind, sich darin vereinigen werden, die Krone anerkennen, die Italien so eben auf Victor Emanuel's Haupt gesetzt hat, und der Revolution, die trotz ihrer ersten Verwahrungen und bitteren Einsprüche siegreich geblieben ist, ihre Sanction zu geben.“

[Ueber Italien] schreibt heute der „Observer“: Wir schließen aus den vorsichtigen und sorgfältig abgewogenen Perioden des „Constitutionnel“, daß ein von dem gegenwärtig am Po aufmarschirten österreichischen Heere gemachter Versuch, in Italien einzufallen, von Seiten Frankreichs nicht gut aufgenommen werden würde. Eine Nation von 22 Millionen freier Menschen, welche von den Waffen Frankreichs und den Sympathien Europa's unterstützt wird, läßt sich nicht so leicht unter die Füße treten. Wenn nur Italien der es jetzt bedrohenden Gefahr einträchtig und in geschlossenen Reihen entgegentritt, so wird diese Gefahr gleich so vielen anderen bald schwinden. Uebrigens muß Italien sich gebulden und seine Zeit abzuwarten verstehen. Ein kleiner Fehltritt, eine kleine Uebereilung kann selbst jetzt noch Alles verderben.

[Große Hitze.] Während von verschiedenen Gebirgsgegenden des Festlandes über starke Schneefälle berichtet wird, hören wir durch den Dampfer „Colombo“, daß er bei seiner letzten Fahrt durch das Rote Meer eine fabelhafte Hitze auszuhalten hatte. Drei Passagiere, darunter eine junge Dame, erlitten den Einwirkungen derselben, und 16 Andere wären ebenfalls umgekommen, hätte der Kapitän nicht sein Fahrzeug nach Suez zurückgeführt und dabei so lavirt, daß der Passagiersalon dem kühlenden Nordwinde ausgelegt blieb. Gewißig! durch diesen Fall, soll jetzt auf den Dampfern des Roten Meeres ein Fächer-Apparat zur Kühlung der Kabinen angebracht werden, den die Dampfmaschine in Thätigkeit setzen wird.

[Die Christenbekehrung in Indien], zumal der Kols im Ghotia-Nagpore-Distrikt macht, einer Mittheilung der „Bombay Gazette“ zufolge, rasche Fortschritte. Vor einem halben Jahre hatten 2000 Individuen des genannten Stammes die heil. Taufe empfangen. Nicht minder groß ist die Zahl derer, welche sich von ihrer Kaste losgesagt und zur Taufe gemeldet haben. Ein Missionär schreibt, daß in der Nachbarschaft von Ranchi die Bibel sich wie ein Walbrand ausbreite. Schon ist sie in 800 Dörfern heimisch und so viele strömen von den Kols zu, daß drei Missionäre den ganzen Tag mit dem Unterrichte derselben vollaus zu thun haben. Der Generalleutnant von Bengal, der den Bezirk im Januar bereiste, war über das, was er sah, aufs äußerste erstaunt. Sein Sekretär bemerkte, dergleichen sei in Indien nie gesehen worden. Er war nämlich bei einer Versammlung von etwa 2000 zum Christenthum bekehrter Hindus anwesend gewesen. Auch aus der Provinz Pachete Kabirpundhis hatten sich ihrer 46 aus 11 verschiedenen Dörfern zur Taufe gemeldet und dabei versichert, daß viele ihrer Genossen ein Gleiches zu thun bereit seien. Im Ghotia Nagpore sind sechs deutsche Missionäre in Thätigkeit. In Lucknow und dessen Nachbarschaft wurden seit der Rebellion 89 getauft; die amerikanische Mission in Ahmednuggur zählt viele Konvertiten und in Sealcote treten immer noch viele eingeborene Soldaten zum Christenthum über.

London, 30. Okt. [Telegr.] „Daily News“ meinen, daß die Warschauer Konferenzen nur deshalb ohne Resultat geblieben seien, weil Oesterreich und Preußen der Forderung Rußlands, bezüglich Revision des Pariser Vertrages, nicht zugestimmt haben.

Frankreich.

Paris, 28. Okt. [Oesterreichische Eröffnungen; die ungarische Emigration; französisch-polnische Korrespondenzen.] Es ist, als ob Fürst Metternich einen kriegerischen Hauch mit herbeigebraucht hätte. Noch bevor er in Paris eintraf, hat die Börse, die immer Furcht hat, nicht genug Furcht zu haben, sich allerlei Geheimnisse über das erzählt, was der Botschafter mitbringt, und vorgestern Abend hing richtig die große Denunziantin „l'Opinion nationale“ die Nachricht an die große Glocke, die österreichische Botschaft habe eine nach Ultimatum riechende Note den Zeitungskorrespondenten mitgetheilt. „Moniteur“ und „Constitutionnel“ leugnen selbstamerweise im Namen Oesterreichs die Authentizität dieser Note, und außerdem theilt die Gesandtschaft selbst die Dementi's mit vollen Händen aus. Die Pariser meinen, es müsse denn doch wohl etwas an der Sache sein. Dieses Etwas sei nämlich eine österreichische Depesche, die Frankreich versichere, Oesterreich habe keine aggressiven Absichten; doch ließe sich nun einmal nicht leugnen, daß zu Zürich ein Vertrag abgeschlossen worden

sei, den Piemont gröblich verletzt habe. Mithin könnte Oesterreich, wenn Frankreich gar nichts zur Herstellung des Vertrages thun wolle, nun das Waffenglück in Italien noch einmal versuchen. Aber dies geschieht natürlich in der Voraussetzung, daß Frankreich, das auf diplomatischem Wege Piemont so hart getadelt hat, es in Italien seinem Schicksal überläßt. Ich glaube, daß der Artikel des „Constitutionnel“ im Voraus auf eine solche Eröffnung Oesterreichs geantwortet hätte, gerade wie die Broschüre le Pape et le Congrès im Voraus das Votum Frankreichs bei dem damals bevorstehenden Kongresse abgegeben hat. — Die hiesige ungarische Emigration zeigt sich mit den österreichischen Zugeständnissen keineswegs zufrieden. J. G. Horn führt im „Courrier du dimanche“ fünf Punkte an, wegen deren Oesterreichs Zugeständnisse eine rein illusorische Bedeutung haben. Es fehle nämlich die alte Integrität Ungarns, das Recht, Steuern und Soldaten in Ungarn selbst zu bewilligen, die Unmittelbarkeit der Ausführung, die Ministerverantwortlichkeit und eine auf Gleichheit basirte Volksvertretung. Ich glaube, daß man Horn mit Recht auffordern könnte, mit seiner ganzen Partei aufrichtig zu sein und einfach zu wiederholen, was er in seiner jüngsten Broschüre bereits gesagt hat, daß Ungarn sich von Oesterreich losreißen will. Dies wäre weit weniger umständlich, wenn auch allerdings etwas mehr gefährlich, denn der neue Donaufaust würde unbedingt vom Slavismus absorbiert werden. Staatsmänner, die gerade keine Freunde des österreichischen Kaiserhauses sind, gehen noch weiter und sagen: Ungarn von Oesterreich abgelöst, kann nur eine Beute Rußlands werden. — Der „Courrier du dimanche“ bringt auch wieder eine Korrespondenz aus Posen, in welcher unter empörender Entstellung der Thatfachen die preussische Regierung aufs Neue angeklagt wird, die polnische Nationalität zu unterdrücken. Alles das kommt aus französisch-polnischer Fabrik, und wenn man den „Courrier“ überhaupt nach den Poststempeln der Briefe fragen würde, die er aus allen Theilen der Welt erhalten will, so würde er, glaube ich, in große Verlegenheit gerathen. (Pr. 3.)

[Tagesbericht.] Fürst Richard von Metternich, österreichischer Botschafter in Paris, wurde heute vom Kaiser empfangen. Er soll wirklich dem Kaiser sehr wichtige Erklärungen seitens seiner Regierung über die zukünftige Stellung Oesterreichs zu Italien abgegeben haben. Oesterreich werde sich, als Großmacht, einem gemeinsamen Einschreiten gegen die von Piemont begangenen Uebergriffe anschließen und, was Venedig anbelange, sich auf der Defensiven halten. So wird von sonst wohlunterrichteter Seite mit großer Bestimmtheit versichert. — Der „Moniteur“ veröffentlicht (nach den Annales du Commerce extér.) die von dem „Diktator von Süd-Italien“ unter dem 14. Sept. dekretirte Zollverordnung. — Der am 12. d. M. zwischen England und Frankreich abgeschlossene Supplementar-Handelsvertrag in Betreff der Eisenwaren wird vom „Moniteur“ veröffentlicht. Der neue Zolltarif tritt am 1. November d. J. in Kraft. — Ein weiteres Dekret verordnet die neue Eintheilung des Departements der Seealpen in Arrondissements, Kantone und Gemeinden. Die Arrondissements heißen Nizza, Püggel-Thémers, Grasse. — 4—500 gefangene päpstliche Soldaten sind am 25. d. mit der Bahn von Lyon in Paris angekommen. Während sie die Stunde abwarteten, wo sie auf den verschiedenen Bahnen in ihre Heimath zurückbefördert werden sollten, lagerten sie an der alten Barriere Montparnasse in dem geräumigen Garten der Restauration Riches. Die Unglücklichen litten an Allem Mangel und waren kaum nothdürftig bedeckt. So wie die Bevölkerung von ihrer Ankunft und ihrem kläglichen Zustande Kenntniß erhielt, beeilte sich Jeder, nach Kräften abzuheilen. Hemden, Strümpfe, Schuhe, stärkende Speisen strömten von allen Seiten im Ueberflusse herbei und die Unglücklichen verließen Abends Paris voller Dank für die mildthätige Aufnahme, die sie in einem der am wenigsten glänzenden Stadttheile von Paris gefunden hatten. — An Merrey's Stelle ist gestern Pelletier, Generalsekretär im Staatsministerium, in die Akademie der schönsten Künste gewählt worden. Auf der Kandidatenliste standen auch Henri de Laborde und der Seinepräses Hausmann. — Der persische Gesandte Hassan Ali Khan ist gestern von London hier eingetroffen. — Zu Nizza, Villafranca und im Vesubia-Thale werden Befestigungsarbeiten ausgeführt. Zu gleichem Zwecke werden die Höhen von Mentone aufgenommen. — Auch die in Paris wohnenden Neapolitaner haben, in Gegenwart des sardinischen Geschäftsträgers, Grafen Gropello, für die Annexion abgestimmt, oder vielmehr eine eben nicht große Anzahl derselben hat auf der sardinischen Gesandtschaft einen Abhäsionsakt deponirt. Die liberalen Neapolitaner, sagt der „Constitutionnel“ hinzu, sind freilich alle nach Hause zurückgekehrt, während die hier befindlichen Würdenträger sich nicht kompromittiren wollen und sich eine Hintertür offen halten möchten. — Dem „Loulonnais“ zufolge hat der „Bauban“ Ordre bekommen, sich zur Fahrt nach Algier bereit zu halten, von wo er verschiedene Detachements zur Verstärkung der syrischen Expedition nach Beirut führen soll. — Wie wir aus der deutschen „Pariser Ztg.“ ersehen, veranstaltet der hiesige Gesangsverein Leutonia am 10. Nov. gelegentlich des Schiller'schen Geburtstages eine festliche Vorfeier desselben. — Das Theater der Porte Saint-Martin in Paris ist im Begriff, ein großartiges Gelegenheitsstück: „Un Peuple libre“, einzustudiren, in welchem Garibaldi, Victor Emanuel, der General Bosco, Franz II. und selbst Paps Pius IX., wenn es natürlich die Zensur erlaubt, auftreten sollen.

[Die Haltung Oesterreichs.] Wer sich der Umstände erinnert, welche im vorigen Jahre dem verhängnißvollen österreichischen Ultimatum vorangegangen sind, der Reise des Erzherzogs Albrecht, der Erklärungen in halben Worten, des Taftens und Zühlens, der Versicherungen mit doppeltem Sinne, der muß von den seit vorgestern hier in Umlauf befindlichen Gerüchten über neue österreichische Invasionspläne sehr frappirt sein. Die „Opinion nationale“ unterhält nähere Beziehungen zu einem kaiserlichen Prinzen, und so ist man hier zu der Annahme geneigt, daß sie ihre Note nicht so ganz selbst erfunden habe. Es kommt dazu die eben jetzt in Turin gestellte Forderung Oesterreichs, Piemont solle etwa eine halbe Million Franken Entschädigung für die zerstörten Festungswerke von Borgoforte zahlen. Es scheint, daß Oesterreich wirklich glaubte, in Warschau die Zustimmung der beiden anderen Mächte zu einem neuen Angriffskriege zu erhalten. Marshall Heß soll auf seiner jüngsten Reise nach London geäußert haben, er hoffe, daß der Augenblick nicht mehr fern sei, wo die Mächte Oesterreich selbst rathen werden, loszuschlagen. Ich kann versichern, daß Oesterreich diese Zustimmung in Warschau nicht erreicht hat; sondern daß die moralische Hülfe der Mächte (von der effektiven kann man eigentlich noch

gar nicht reden) erst anfangen wird, wenn Piemont Venedig angreife. Oesterreichs ganze Berechnung ist aber die, daß die Mächte dieses Mal wider ihren Willen in den Krieg verwickelt werden, oder mit andern Worten ihm werden zu Hülfe kommen müssen. Wie ich höre, hat Fürst Gortschakoff's Einfluß in Warschau eher zerlegend als förderlich im Sinne einer Einigung gewirkt, und so dürfte der Kaiser sich nicht geirrt haben, wenn er zu General Risselev vor dessen Abreise sagte: „ich glaube nicht, daß eine Koalition gegen mich zu Stande kommt, und kommt sie zu Stande, so fürchte ich sie nicht.“ (N. 3.)

[Montalembert an Cavour.] Der „Correspondant“ veröffentlicht ein an den Grafen Cavour gerichtetes Schreiben Montalemberts. Cavour hatte für seine Behauptung, daß die Religion nur durch die Freiheit gewinnen werde, Montalembert als Gewährsmann angeführt. Derselbe habe, in einem lichten Augenblicke sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen. Montalembert erklärt darauf, daß er in keinem Punkte mit Cavour einverstanden sei. Nur in einem Punkt läßt er denn doch der sardinischen Politik Gerechtigkeit widerfahren. Dieser eine Punkt ist Venedig, und darüber sagt Montalembert wörtlich Folgendes: „In Venedig verfechten Sie eine gerechte Sache. Venedig ward schmählich von uns 1797 verrathen, kläglich von Ihnen 1849 ausgeliefert, ungerathener Weise von Ihnen und von uns 1859 aufgegeben. Seine Befreiung ist gerecht.“ In allem Uebrigen aber sei die Politik Cavour's höchst verwerflich. Ja, Freiheit und Religion müssen einen Bund schließen, die freie Kirche im freien Staate ist das Ideal. Aber, heißt es dann am Schluß: „Ihr seid nicht die Freiheit, Ihr seid die Gewalt! Zwingt uns nicht dazu, beizufügen, daß Ihr die Lüge seid. Wir sind Eure Opfer, gut; aber darum zählt nicht auf unsere Leichtgläubigkeit. Ihr könnt an Piemont Königreiche und Kaiserreiche annectiren, aber ich leugne geradezu, daß Ihr nur ein einziges rechtliches Gewissen für Eure Handlungen gewinnen könnt. Die beglückende und notwendige Uebereinstimmung zwischen Religion und Freiheit wird zu ihrer Stunde kommen, aber wenn diese Stunde, leider, für lange Zeit hinausgeschoben wird, so ist dies Eure Schuld und Eure ewige Schande.“

Paris, 29. Okt. [Telegr.] Die heutige „Patrie“ meldet, daß Fürst Metternich und Baron v. Hübnern vom Kaiser gestern empfangen worden seien, und daß der Letztere, wie man versichert, Abends nach Wien abreisen werde.

Schweiz.

Bern, 27. Okt. [Die Fahnenangelegenheit.] Die definitive Antwort, welche der Bundesrath in Betreff der Fahnenaffaire an die französische Regierung abgehen ließ, enthüllt die Vorgänge in der Westschweiz auf eine Weise, daß die Provokation offen zu Tage liegt. Gestützt auf die Akten, stellt sich der Thatbestand also heraus: Ein javoyischer Schiffsbesitzer, Namens Sache, brachte in seiner Barke am 6. Sept. eine französische Tricolore nach Bivis, was einen dortigen Bürger so empörte, daß er auf dieselbe schob. Anwesende Leute legten sich ins Mittel, die Behörden schritten ein, mehrere Personen, darunter die Hauptthelden der Affaire, wurden verhaftet und dem Strafrichter überwiesen. Das hinderte den mittlerweile freigelassenen Hrn. Sache nicht, am 10. Sept. die gleiche Demonstration bei Genf zu machen, mit dem Rufe: „Es lebe Frankreich! Nieder mit der Schweiz!“ Am 17. d. Mts. veranstaltete derselbe Herr in Lancy eine noch gefährlichere Demonstration, indem er mit einem Zuge Arbeiter, die Tricolore an der Spitze, in das Wirthshaus zog unter dem Absingen provozirender Lieder. Dem Umstande, daß die Bewohner der Drischast gerade in ihren Weinbergen beschäftigt waren, hatten es die Unbesonnenen zu danken, daß sie ungestraft davon kamen. Der Bundesrath bemerke in seiner Note ausdrücklich, daß derartige Demonstrationen vor der Annexion Savoyens nicht vorgekommen seien. Ferner besteht derselbe auf der Anschauung, daß eine Beleidigung von Landesfarben, die in den Händen von Privaten sich befinden und so jedes offiziellen Charakters entbehren, keineswegs als völkerrechtliche Verletzung angesehen werden könne. (N. 3.)

Italien.

Genua, 27. Okt. [Kleine Notizen.] Morgen wird eine neue Dampffregatte „Duca di Genova“ vom Stapel gelassen. Wahrscheinlich kommen zu dieser Feierlichkeit königliche Prinzen. — Marshall Ricci ist nach Neapel abgegangen. — Der Vize-Admiral Mundy erhielt Befehl, dem König Franz ein englisches Einienischiff zur Verfügung zu stellen. — Bei 40 Nationalgardisten Genua's, welche dem Befehle, nach Alessandria zu gehen, nicht nachkamen, sind vom Tribunal zu 15tägiger Kerkerstrafe verurtheilt worden.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Das „Giornale di Roma“ vom 24. Oktober meldet, das päpstliche Wappen sei in Montefiascone, Aquapendente und Ponzano von der Bevölkerung selber wieder aufgerichtet worden.

Die amtliche Turiner Zeitung vom 27. Okt. veröffentlicht Cialdini's Rapport über das Gefecht von Ternia am 17. d. und tritt zugleich gegen die von fremden Blättern, namentlich bayrischen, erhobene Anklage auf, als ließe die piemontesische Regierung die Kriegsgefangenen schlecht behandeln; dieselben würden im Gegentheil mit dem größten Gelutmuth und mit aller Sorgfalt behandelt, wie sie sich unter solchen Umständen gebühre.

Depeschen aus Neapel vom 27. geben einige Einzelheiten über das Treffen, das am 26. vor Sessa stattfand. Die Piemontesen überraschten die Nachhut der sich auf Gaeta zurückziehenden Neapolitanen. Den Piemontesen gelang es, sie zurückzuschlagen. Letztere waren ungefähr 12,000 Mann stark und zogen sich hinter den Garigliano zurück. Die Piemontesen, deren Verlust nicht bedeutend gewesen sein soll, machten viele Gefangene. Sie wurden vom König Victor Emanuel in höchst eigener Person befehligt. Die Neapolitaner selbst konzentriren sich um das hinter dem Garigliano gelegene Traetto. Die Belagerung von Gaeta, aber nur zu Lande, da Frankreich und England eine Blockade zur See nicht dulden wollen, soll jetzt bald beginnen.

Ueber dasselbe Gefecht meldet die „Perseveranza“ aus Turin vom 27. d. M.: Die Truppen Cialdini's bestanden gestern bei Sessa ein siegreiches Gefecht gegen die neapolitanischen Truppen, welche mit Zurücklassung einer ansehnlichen Anzahl Gefangener sich auf den Garigliano zurückziehen mußten. Die neapolitanischen Truppen, heißt es in diesem Bericht weiter, stehen deshalb von ihrer Offensive nicht ab und man weiß gewiß, daß dem Einzuge Vic-

tor Emanuel's in Neapel neue und blutige Kämpfe vorhergehen werden. Unterdeß durchstreifen starke Massen bewaffneter Bauern die Provinzen Terra di Lavoro und Molise, den Piemontesen großen Schaden zufügend. Della Rocca wird nach erfolgter vollständiger Vereinigung der Piemontesen und Garibaldianer den äußersten linken Flügel an der Mündung des Volturno kommandieren, das Zentrum längs der Hauptstraße zwischen dem Volturno und Garigliano bis zur Höhe S. Germano wird von den Truppen Cialdini's und Garibaldi's besetzt, die Hand reichend der Division, welche den rechten Flügel, gestützt auf Fondi, einnimmt. Die Flotte wird zwischen der Mündung des Volturno und Lago die Fondi manövrieren.

Ein Korrespondent der „Patrie“ brachte vor einigen Tagen aus Neapel einen Bericht über die demalstigen Vermögensverhältnisse Franz II. Es wurde darin behauptet, daß die beiden von Garibaldi mit Beschlag belegten Renten, eine von 184,000, die andere von 317,000 Dukaten, Privateigentum des Königs und Frucht der langjährigen Ersparnisse seines Vaters seien. Das Kapital dieser Rente sei von dem „Journal de Naples“ auf mindestens 11 Millionen Dukaten angeschlagen worden. Die 184,000 Dukaten Rente sei die von Ferdinand II. seinen zehn Kindern und den Armen hinterlassene Erbschaft und während 30 Jahre von dem hochseligen König zusammengespart worden. Die zweite Rente von 317,000 Dukaten bestehe aus Majoraten und Mitgift der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, die kraft alter Landesgesetze konstituiert seien. Bei dieser Summe befänden sich nur 5415 Dukaten, welche als Ersparnisse seiner früheren Zivilisten dem Könige gehörten, und 67,000 Dukaten Renten, die von der Hinterlassenschaft seiner verstorbenen Mutter, der Prinzessin von Savoyen, herrührten. Franz II. habe sich selbst in den kritischsten Augenblicken geweigert, seine Renten auf den Staat zu verkaufen und im Auslande anzulegen. Er habe nichts außer Land gebracht und sogar die Paläste und Museen unberührt gelassen, die zum großen Theile das Vermächtniß seiner Vorfahren gewesen. Die „Opinion nationale“ bringt darauf nachstehende Berichtigung von einem in Paris lebenden Neapolitaner, C. Ferrari: „Es sei hiermit in wenigen Worten erklärt, kraft welcher alten Landesgesetze die zahlreichsten Majorate der königlichen Familie konstituiert worden sind. Als König Ferdinand II. wahrnahm, daß die Zahl seiner Kinder mit jedem Jahre wuchs, veröffentlichte er 1836 ein Dekret, in welchem er Gott dafür dankte, den Vers des Psalmisten: fili tui sicut novellae olivarum in seiner Familie aufs Neue verwirklicht zu haben, und es billig fand, daß die Nation für die vermehrten Ausgaben der königlichen Familie sorgte. Er befahl deshalb ein Majorat von 590,000 Dukaten für jedes geborene oder nachfolgende Kind auf den Staatschatz zu errichten, unter der Bedingung, daß diese Summe vom Tage der Geburt an um die jährlichen Zinsen vermehrt werden solle, um bei der Volljährigkeit dieser Kinder ein ihrem Rang entsprechendes Vermögen zu bilden. Das seien die von dem „Patrie“-Korrespondenten zitierten alten Landesgesetze. Was die Ersparnisse des verstorbenen Königs anbelangt, so genügt es zu wissen, daß die königliche Familie von Neapel keine Zivilisten hatte. Die Staatszölle waren für Rechnung des Königs verpachtet und aller Ueberschuß der verschiedenen Budgets wurde am Ende des Jahres an die Privatkasse des Souveräns abgeliefert. Alle Minister machten also Ersparnisse, um sich am Sylvestertage die Anerkennung des Königs zu verdienen, eine Anerkennung, die je im Verhältnisse zu den Summen stand, mit welchen ein jeder den Schatz Ferdinands II. bereicherte. Die, welche nähere Details über alle diese finanziellen Angelegenheiten Neapels haben wollen, können das von Marquis Qualterio 1851 veröffentlichte bedeutende Werk „die letzten italienischen Revolutionen“, so wie die national-ökonomischen Werke von Scialoja und anderen neapolitanischen Publizisten nachlesen.“

Ein Telegramm aus Neapel vom 28. d. meldet über die Volksabstimmung vom 21. d.: In Stadt und Provinz Neapel waren 229,780 Personen eingeschrieben; 185,408 stimmten mit Ja, 1609 mit Nein. In Baccì stimmten 127,007 mit Ja, 63 mit Nein; in Benevent sämtliche 6970 mit Ja.

Der Verfasser des Memorandums Garibaldi's ist Karl Cattaneo, welcher, statt nach London zu gehen, in Neapel die diplomatischen Geschäfte besorgt. Er genießt hierfür 2000 Ducati (?) monatlich. Mazzini giebt ein neues Journal heraus, unter dem Titel: „Il Popolo Italiano“.

Das Dekret Garibaldi's, welches beide Sicilien als integrirende Theile der Staaten Victor Emanuel's proklamirt, ist auch in Sicilien publizirt und von folgender Proklamation Mordini's begleitet worden:

Italiener Siciliens! Das verehrte und feierliche Wort eures großen Diktators erfüllt seine Verheißung. Durch das Dekret vom 15. Okt. hat er euch gesagt, daß der Zeitpunkt für die gewünschte Annexion gekommen ist. In vier Tagen wird euer Volkseigenthum den großen Akt besiegeln, der euch zu einer einzigen und unteilbaren Familie von 22 Millionen Italiener verbindet. Den letzten Wunsch des Diktators zu erfüllen, werde ich, sobald ein Repräsentant Victor Emanuel's bei euch angekommen sein wird, in seine Hände die Macht niederlegen, die er mir anvertraut hat. Italiener Siciliens! Die Geschichte wird einst den staunenden Enkeln erzählen, wie in nur sechs Monaten ein Mann, der größer ist, als sein Ruf, die halbe Nation zu freiem Volksleben gebracht hat. Dießem Manne, Garibaldi, wird Italien ein unvergängliches Denkmal des Dankes in den Herzen zukünftiger Geschlechter errichten. Und die Bälter der Gabeln werden ihn mit dem einfachen Ausprechen seines Namens grüßen, wie die Söhne des freien Amerika es mit dem großen Namen Washington's machen. Ihr werdet die Ersten sein, die dieses Beispiel geben. Es lebe Italien! Es lebe Victor Emanuel! Es lebe Garibaldi! Palermo, 17. Oktober 1860. Der Pro-Diktator, Mordini.

Aus Messina, 21. Okt., wird der „Pr. 3.“ geschrieben: Es war heute ein wunderschöner Herbsttag. Purpurn stieg die Sonne über den zerklüfteten Bergen Calabriens hervor, während leichter weißer Nebel über der Meerenge hin- und herstrich. Hätte schon dieses schöne Wetter die diesen Sommer über verödeten Straßen mit lustwandelnden Messinesen erfüllt, heute zog noch etwas Anderes die Schaulustigen auf die Straße. Heute war „der große Tag“, an dem die Sicilianer, wie alle übrigen Unterthanen des Königs von Neapel, darüber abstimmen sollten, ob sie Unterthanen des Königs von Sardinien werden wollten oder nicht. Am Montag Abend war die Nachricht hier angekommen, daß die Abstimmung vor sich gehen dürfe, und vom größten Theil der Bevölkerung mit Jubel begrüßt worden. Schon im Laufe der Woche waren die Inskripten an den Thüren: Vogliamo l'annessione per suffragio universale mit den Buchstaben Si vermehrt worden. Je näher der Sonntag kam, desto mehr vermehrten sich die Zettel mit Si. Die Fachini trugen sie auf der Brust; die eleganter gekleideten Herren an den Hüften; die kleinen Buben, jetzt in die unvermeidliche rothe Blouse gekleidet,

auf den Armen, die Droschkentritzer hatten sie an die Chaise geklebt. Musikbänder durchzogen heute vom frühen Morgen die Straßen. Die Häuser waren festlich geschmückt und besetzt, und schreiend und brüllend trieb sich die liebe Jugend zwischen den aufgepumpten Fußgängern und auf- und abrollenden Karossen herum. Die Abstimmung ging in folgender Weise vor sich, wie ich aus eigener Anschauung versichern kann. Die Stadt zerfällt in 6 Parochien. In den 6 Pfarrkirchen wurde auch abgestimmt. Jeder 21 Jahre alte unbescholtene Mann durfte seine Meinung zu erkennen geben. An zwei Tischen in einer solchen Kirche saßen die Kommissäre. Der Eintretende reichte eine Bescheinigung einem Kommissär dar, in der über die betreffende Person die nöthige Auskunft gegeben war. Der kontrollirende Beamte sagte dann, nachdem der Name des Abstimmenden eingetragen war: Nehmen Sie einen Zettel mit Si oder No dort. Der Abstimmende ging dann an den zweiten Tisch, um den gleichfalls mehrere Personen saßen, nahm einen Zettel und warf ihn dann in einen verschlossenen Kasten, der auf der Tafel stand, an dem die kontrollirende Kommission saß. Die Kommission konnte es stets sehen, wie der Abstimmende votirte. Man hatte vorher gesprochen, es werde geheime Abstimmung stattfinden; allein man hat doch, ich weiß nicht aus welchen Gründen, die moralische Beeinflussung der Wahlen nicht gern missen wollen. Bei dieser Art der Abstimmung werden sich allerdings nur die Sa-Männer hören lassen. — Daß der hiesige Hafen nicht blockirt worden ist, wie ursprünglich beabsichtigt war, werden Sie schon von anderer Seite erfahren haben. Die Zitadelle verhält sich ganz ruhig und wird von der Stadt aus ungehindert verproviantirt.

Spanien.

Madrid, 26. Okt. [Eisenbahn; Bevölkerung.] Aus Burgos, 25. Okt., 6 Uhr Abends, wird geschrieben: Die Herren J. Pereira, Duclerc und Semprun, Administratoren der Nordbahn, Lopez, Ober-Zentral-Ingenieur, Fournier und Letourneur, Ober-Ingenieur der Kompanie, sind von Valladolid Nachmittags abgereist und in Burgos in Mitte einer ungeheuren Volksmasse und unter allgemeinem Jubel eingetroffen. Die Provinzial-Deputation und der Gemeinderath, die am Bahnhofe den Zug empfingen, stellten den Administratoren in deren Absteigehotel einen Besuch ab. Die Eröffnung dieser Bahnstrecke erhebt die Zahl der jetzt gegen Frankreich hin eröffneten Kilometer der Eisenbahn auf 198, und die der ganzen in Betrieb gesetzten Bahn auf 288 Kilometer. — Nach der „Correspondencia“ hat die Königin Isabella II. jetzt in Spanien und den Kolonien 22 Millionen Unterthanen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. Okt. [Einnahme von Tokmat und Pischpek.] Die telegraphische Nachricht von der Einnahme von Pischpek, welche der Kriegsminister am 16. an den Kaiser nach Grodno gelangen ließ, enthielt über den genannten Ort, so wie über den Zusammenhang des Ereignisses durchaus keine nähere Angabe, so daß das Publikum dem bei weitem größten Theile des Publikums unverständlich blieb. Jetzt erfahren die „Hamburger Nachrichten“, daß die Nachricht sich auf einen Konflikt mit den Kholanzen, den südlichen Nachbarn von Westsibirien bezieht. Dem Berichte, welchen der General-Gouverneur von Westsibirien General Hasfort über diese Affaire erstattet, ist in der Hauptsache folgendes zu entnehmen: In den letzten Jahren haben sich an der südlichen Grenze von Westsibirien unter den dort nomadisirenden Kirgisen Unruhen und Aufregungen bemerkbar gemacht, welche von den Bewohnern des benachbarten Chanas Kholan angeregt wurden. Seit dem Frühling dieses Jahres erlaubten sich die Kholanzen sogar Einfälle ins russische Gebiet, erpreßten von den Kirgisen Abgaben und drohten, im Kirgisienlande Festungen zu bauen; Forderungen und Drohungen, welche der Kommandant des kholanzischen Forts Pischpek, Atabel-Datschi, im März sogar schriftlich an den Chef des alatawskischen Bezirkes stellte. In der That wurden die Grenzfestungen der Kholanzen verstärkt und überhaupt kriegerische Vorbereitungen getroffen. Russischerseits wurde nun auch im Mai die etwa 10 Meilen von der Grenze liegende Festung Wjernoje durch ein Detachement von 6 Kompagnien Infanterie, 600 Kosaken und 8 Geschützen, unter dem Kommando des Obersten Zimmermann, verstärkt; jedoch sollte das Detachement sich auf die Defensiv beschränken, während General Hasfort selbst mit der kholanzischen Regierung wegen dieser Feindseligkeiten in Unterhandlung trat. Nichts destoweniger griff ein kholanzisches Detachement von etwa 5000 Mann am 20. Juli den russischen vorgeschobenen Posten Kasfel an, während eine andere Abtheilung in den Bezirk Tüminsk einfiel und an 1000 Pferde erbeutete. Der Angriff wurde zwar siegreich zurückgeschlagen, so wie auch die erbeuteten Pferde dem Feinde wieder abgejagt; aber der übermächtige Nachbar sollte auch bestraft werden. Daher erhielt Oberst Zimmermann im August Befehl, offensiv vorzugehen und die der Grenze zunächst am obersten Tschu-liegenden beiden kholanzischen Forts Tokmat und Pischpek zu nehmen. Dies gelang ihm denn auch; beide Plätze mußten sich auf Gnade und Ungnade ergeben.

Petersburg, 24. Okt. [Ueber die Erfolge der Kolonisation am Amur.] Können wir aus guter Quelle mittheilen, daß seit fast einem halben Jahre Rußland Riesenschritte macht. Die Kolonisation greift wunderbar schnell um sich. Ueberdies ist, da der Kaiser das Statut des Amurkosakenheeres genehmigt, fortan von dem Einfall der Mandchuren wenig oder gar nichts zu fürchten. Von der Station Pokrow am Amur, vier Werst unterhalb des Zusammenflusses des Schilka und Argun, den Amur abwärts bis zur Mündung des Ussuri, von hier aufwärts am letzteren Flusse bis zu seinen Quellen und endlich längs der trockenen Landesgrenze Rußlands bis zur Meeresküste zieht sich der Militärkordon. Wenn schon jetzt die Sabaitalkosaken, aus denen die Kolonisten geworben sind, für eine fürchtbare Macht den flüchtigen Tataren gegenüber gelten, so steht wohl zu erwarten, daß die Grenzlinie, sobald die Ansiedlerfamilien sich erst organisiert haben werden, für die unruhigen mittel-asiatischen Reitervölker undurchdringlich sein wird. Vorläufig ist überhaupt die Zahl der Kosakenkolonisten beider Geschlechter auf 15—20,000 Köpfe normirt. Einen nicht unbeträchtlichen Zuwachs hat das Amurgebiet an den Auswanderern aus dem russischen Nordamerika, welche truppenweise nach den ihnen vom Staate angewiesenen Landstrecken abgehen.

Warschau, 28. Okt. [Besinden der Kaiserin-Mutter; Mangel an Scheidemünze.] Ueber das Besinden der Kaiserin-Mutter ist aus Petersburg vom gestrigen Datum folgendes Telegramm eingetroffen: „Der Tag ist ohne besondere Ereignisse der Schlaflosigkeit vergangen. Keine Veränderung der Kräfte. Die Nacht nicht schlecht. Der Leibarzt Karl I.“ (S. ob. d. Teleg.). — Zur Abhilfe des Mangels an kleiner Münze in Warschau ist heute eine Verordnung des Fürstenthalters erschienen, nach welcher unter Vermittelung des Magistrats den Verkäufern der nothwendigen Lebensmittel, so wie den Bäckern und Fleischern täglich 3—5 Rubel Scheidemünze ohne Agio gegen Papiergeld umgetauscht werden soll, wobei aber auch gleichzeitig eine strenge Ueberwachung angeordnet ist, daß die kleine Münze auch tatsächlich zum Zweck des Herausgebens bei dem Verkauf von Lebensmitteln angewandt werde. Zur Ausführung dieser Verordnung ist vom Fürstenthalters bestimmt worden, daß sämtliche Scheidemünze, welche an den Steuerbarrieren von Warschau erhoben wird, an den Magistrat abgeliefert und demselben andererseits auch aus Staatsfonds für 300 S. R. Scheidemünze ausgezahlt werde. Der Umtausch für die Händler erfolgt täglich von 3—5 Uhr Nachmittags. (Schl. 3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Okt. [Ernennung.] Einer amtlichen Anzeige zufolge ist am 19. d. M. der königlich dänische bevollmächtigte Minister bei den Höfen in Haag und in Brüssel, Kammerherr G. S. Quaade, zum königlich dänischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am preussischen Hofe, vom 1. November an gerechnet, ernannt.

Amerika.

Newyork, 13. Okt. [Das Attentat gegen den Prinzen von Wales; Sklavenaufstand.] Die amerikanischen Blätter enthalten Näheres über das am 12. Okt. gegen den Prinzen von Wales verübte Attentat. Der Prinz war vom Fifth-Avenue-Hotel aus in einen Wagen gestiegen, um eine Fahrt durch die Stadt zu machen, als sich durch die vor dem Gasthofe versammelte dichte Volksmenge ein Mensch an den Wagen herandrängte, sich sofort in Boyer's Positur setzte und mit der Faust einen heftigen Schlag gegen den Prinzen führte, der diesen jedoch nicht traf, da sich der Waaerz, demselben Augenblicke in Bewegung setzte. Der Angreifer, ein Afro, ein geborner Engländer, Namens Moreau, bediente sich während seines Angriffes eines sehr häßlichen Schimpfwortes gegen den Prinzen und rief ihm dann zu: Du wirst nie König von England, und solltest Du auch hundert Jahre alt werden. Die Zeit der Könige ist vorbei. Von einem Polizisten verhaftet und vor den Polizeirichter geführt, äußerte er, er habe den Keel, den zu sehen alle vernünftigen Demokraten von Newyork zusammenriefen, auch sehen und ihm zeigen wollen, was er von den Aristokraten halte. Der Richter ertheilte dem Attentäter einen Verweis und ließ ihn laufen! — In Panama sind auf Ansuchen der Behörden, um die Stadt gegen Plünderung durch eine 500 Köpfe starke Schar von Negern zu schützen, die sich der Konstriktion durch die Flucht entzogen hatten, 400 englische und amerikanische Seesoldaten gelandet worden und haben die letzteren namentlich die Gebäude der Panama-Eisenbahn besetzt. Die Kooperation der Engländer und Amerikaner ist der beste Beweis dafür, daß diese Intervention nur ein einfacher Akt der Menschlichkeit war und keine politische Bedeutung hat.

Ueber das staunenswerthe Anwachsen der neuen Staaten Nordamerika's entnehmen wir dem Jahresberichte des Herrn Friedrich Kühne, Konsuls mehrerer deutsch-amerikanischer Staaten in Newyork, folgende anziehende Schilderung: Der Aufschwung der jungen weltlichen Staaten der Union, denen sich bekanntlich der Strom der deutschen Auswanderer mit Vorliebe zugewendet hat, keine Parallele in der Geschichte; fast über Nacht verwandelten sich weitläufige Prärien und Wald in Getreidefelder, vollstreckte Städte entstanden, wo noch vor Kurzem schattige Hirsche und schwerfällige Büffel in großen Herden geweidet hatten, und der schrille Pfiff der dahinbrausenden Lokomotive ertönt jetzt in Gegenden, die wenige Jahre zuvor eine endlose Wildnis, als einziges Kommunikationsmittel nur einen elenden Indianerpfad aufzuweisen hatten. Die Bevölkerung Ohio's hat von 1810—1855 um 900 Prozent, die von Indiana um mehr als 4000 Prozent und die von Michigan gar um 9000 Prozent zugenommen. Die Stadt Cincinnati, welche 1810 750 Einwohner betrug, zählt jetzt mehr als 200,000 und vermehrte im Jahre 1855 einen Handelsverkehr von beinahe 56 Millionen Dollars aufzuweisen. San Francisco war 1847 ein Dorf von 459 Einwohnern, 11 Jahre nachher ergab der Zensus 84,000 Einwohner mit 36 Millionen Dollars steuerbaren Eigenthums. Am reichsten hat sich der Staat Illinois entwickelt, dessen Population 1820 sich auf 30,000 Seelen belief, 1857 aber bereits auf einer Höhe von 2 Millionen angelangt war. Das Emporblühen von Chicago in Illinois klingt mächtig. 1835 noch ein Dorf mit 1000 Einwohnern, ist Chicago jetzt der größte Getreidemarkt der Welt, und eine Stadt von Palästen mit mehr als 150,000 Einwohnern, welche seit 1856 Schiffe direkt nach Europa schickt, und einen jährlichen Handelsumsatz von 120 Millionen Dollars macht. Die Bevölkerung von Iowa hat sich in den letzten 9 Jahren verdreifacht, das steuerbare Eigenthum verzehnfacht.

Totales und Provinzielles.

Posen, 31. Okt. Gestern Nachmittags 3 Uhr versammelten sich im großen Rathhause die Mitglieder des Magistrats und die meisten der Stadtverordneten, um dort den Besuch des Oberpräsidenten v. Bonin zu erwarten. Bei seinem Erscheinen ward derselbe von dem Oberbürgermeister, Geh. Reg. Rath Naumann, und sodann von dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Cegielski mit einer Anrede empfangen, worauf die Mitglieder beider städtischen Behörden durch die genannten Herren dem Oberpräsidenten vorgestellt wurden. Dieser unterhielt sich mit den Einzelnen und hielt alsdann eine Ansprache, in welcher er zunächst den erfreulichen Moment betonte, in welchem er die persönliche Bekanntschaft dieser Körperschaften machte, da gerade jetzt von einem Mitgliede derselben (StB. Berger) ein so edles Beispiel treuherzigen Gemeinsinns durch die Schenkung von 50,000 Thln. zum Bau einer neuen Realschule gegeben sei. Das Beispiel möge Nachahmung erwecken, die sich, wenn auch nicht immer in derartigen Gaben, doch allseits dadurch betätigen lasse, daß Jeder ohne Ausnahme mit treuer Hingebung seine Pflichten erfülle, und dafür, wenn nöthig, auch kein Opfer zu groß erachte. Er hege die Hoffnung, daß er in seiner Stellung als Vertreter der Staatsregierung stets im besten Einvernehmen mit den städtischen Behörden stehen werde, und gebe die Versicherung, daß er in dieser seiner amtlichen Stellung den Kollegien wie den Einzelnen gegenüber stets Alles, was nur irgend möglich, für das Wohl der Stadt thun werde, soweit sich ihm Gelegenheit dazu biete, während er andererseits eben so fest darauf zähle, die städtischen Behörden würden jederzeit, sobald die Verhältnisse es nöthig machten, auch ihm mit Vertrauen und voller Bereitwilligkeit entgegenkommen, wenn es gelte, die nothwendigen Maßregeln und Anordnungen der Staatsregierung zu fördern und durchzuführen. Die Ansprache ward mit großer Befriedigung aufgenommen. Später nahm der Oberpräsident noch die verschiedenen Bureau's des Magistrats in Augenschein.

[Lehreranstellungen.] Zur Sanie des III. Quartals d. J. sind folgende Lehrer definitiv angestellt worden: Brade in Braunsdorf, Zwieter in Glogowo, Krajewicz in Drojew, Naumann in Schrimm, v. Gajdowski in Bieganowo, Janowski in Zaroslawice, Zeigner in Prokopow, Geinge in (Fortsetzung in der Beilage.)



